



RUSSIA

A hope that died with Boris Nemtsov

by [Natia Seskuria](#) • 25. März 2015



On the evening of February 27 2015, the prominent opposition leader, Boris Nemtsov, was shot dead on the Bolshoy Moskvoretsky Bridge, in the most controlled area of Moscow. The manner in which Nemtsov has been eliminated, sends a clear message to the Russian opposition as well as makes the Kremlin a direct suspect...

[Read more →](#)

EUROPA

Das Dilemma der Griechenland-Politik

by [Heiko Fürst](#) • 19. Mai 2015

Vor fünf Jahren wurde das erste Hilfsprogramm für Griechenland bewilligt. Das Land stand damals vor der Zahlungsunfähigkeit. Heute, fünf Jahre und eine Reihe von Reformprogrammen später, droht erneut Zahlungsunfähigkeit. Die Staatsverschuldung, die im ersten Krisenjahr 329 Milliarden Euro betrug, belief sich 2014 auf 318 Milliarden Euro.

Die elf Milliarden Einsparung haben Griechenland die Erosion des etablierten politischen Parteiensystems und unzählige Kürzungen öffentlicher Leistungen gekostet. Sie haben Armut und eine tiefe Spaltung in Europa verursacht. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt hat all dies nicht einmal etwas gebracht: Durch die aufgrund der Sparmaßnahmen gesunkene Wirtschaftsleistung lag die Verschuldung in Relation zum BIP mit 174 Prozent im Jahr 2014 höher als jemals zuvor. Ist der Weg, den IWF, EZB und die Europäische Kommission weisen, daher der geeignete? Ist der Populismus des polternden Syriza-Vorsitzenden Tsipras etwa nicht gänzlich unbegründet? Tatsächlich bewegt sich die Griechenland-Politik in einem Dilemma: Die Institutionen handeln nach einer globalen Wirtschaftslogik, die darauf zielen soll, das Wirtschaftssystem zu stabilisieren und den Staat wieder handlungsfähig zu machen. Die dafür implementierten Maßnahmen sind allerdings nicht zwingend vereinbar mit einer auf das Wohl der Bevölkerung orientierten Politik und erzeugen demokratiepolitische Probleme, die zusätzlich dadurch eine Verschärfung erfahren, dass die anvisierten

DEBATTEN

- [Wer herrscht im neuen Nahen Osten?](#)
- [Türkei: Orient oder Okzident?](#)
- [Wo steht Deutschland in der Welt?](#)
- [Braucht Deutschland die Festung Europa?](#)

MONATSBRIEF
ZUR DEUTSCHEN
AUSSENPOLITIK

Email

Subscribe

ATOMVERHANDLUNGEN

Warum Deutschland ein Abkommen mit dem Iran braucht

by J. Thomas Grätowski • 23. November 2014



Am Montag ist es soweit: Die Frist für ein umfassendes Abkommen mit dem Iran über Teherans Nuklearprogramm läuft ab. Wenn sich die P5+1, also die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland, mit dem Iran eine Einigung erzielen, werden die westlichen Handelssanktionen gegen Teheran aufgehoben. Deutschland wäre fraglos ein Hauptprofiteur eines solchen Abkommens...

[Read more →](#)

Ziele verfehlt werden.

Muster der Rettungspolitik

Seit 2009 war Griechenland durch internationale Ratingagenturen kontinuierlich abgewertet worden. Ursache war das strukturell hohe Haushaltsdefizit, das bei der bestehenden Staatsverschuldung und Wirtschaftskraft Zweifel an der Refinanzierbarkeit der Schulden nährte. Die drohende Zahlungsunfähigkeit wurde durch das Hilfsprogramm der Institutionen abgewendet, durch das die Staatsverschuldung in den Griff bekommen werden sollte. Das Programm folgt dem klassischen Muster des IWF. Der Weltwährungsfonds war auf explizites Drängen Deutschlands in die Griechenlandhilfe einbezogen worden. Die Botschaft war damit klar: Kredite gibt es nur gegen strenge Reformauflagen. Denn die Kreditpolitik des IWF war spätestens seit den 1990er Jahren durch ein klares Grundmuster geprägt. Diesem mussten Schuldner entsprechen, um die begehrten Kredittranchen zu erhalten. Der US-Ökonom John Williamson prägte hierfür den Begriff des Washingtoner Konsenses. Der frühere polnische Finanzminister Grzegorz Kolodko verdichtete seinen Inhalt in der Formel: so schnell wie möglich liberalisieren, so viel wie möglich privatisieren und eine strikte Fiskal- und Geldpolitik verfolgen. Allein in den 1990er Jahren wurden diese Auflagen weltweit in 1 200 Gesetzen und Verordnungen niedergeschrieben. In Griechenland war hierzu ein Austeritätsprogramm mit Privatisierungen sowie strikter Haushaltsdisziplin und Steuerrechtsreformen zur Einhaltung der Euro-Defizitkriterien vorgesehen.

Hauptgewinner der IWF-Politik waren bislang allerdings weniger die Staaten als globalagierende Unternehmen und Finanzinvestoren. Das Gesamtvermögen der 100 größten transnationalen Konzerne vervielfachte sich sprunghaft. Im Jahr 1990 gab es ca. 35 000 transnationale Unternehmen. 2008 waren es 82 000 mit 800 000 Tochterunternehmen. Der Jahresumsatz dieser Konzerne übersteigt das Bruttoinlandsprodukt vieler Länder. 2011 befanden sich unter den 100 größten Volkswirtschaften der Welt 17 Unternehmen. Diesen Prozess hatte Marx als Zentralisation der Kapitale und Verschlingung aller Völker in das Netz des

Tweets

Folgen

 **REAL-POLITIK.de** @RealPolitikde
19. Mai
Reiche Konzerne, arme Staaten? Warum IWF und EU das griechische Spar-Drama beenden müssen.
real-politik.de/2015/05/das-c

 **REAL-POLITIK.de** @RealPolitikde
25. Mär
What the murder of Boris Nemtsov means for
Tweet an [@RealPolitikde](#)

TÜRKEI: ORIENT ODER OKZIDENT?

TÜRKEI AM SCHEIDEWEG

Die notwendige strategische Neuorientierung der Türkei

by Niklas Anzinger • 11. April 2013



Meine folgenden Ausführungen nehmen den Beitrag von Thomas Grätowski „Warum sich Berlins und Ankaras Wege in

ATOMVERHANDLUNGEN

Iran's nuclear programme : 10 years of talks

by Martin E. Petersen • 26. November 2013



On 24 November 2013, an interim agreement was reached between Iran and the major world powers in the E3+3 (also referred to as the P5+1). According to the agreement, over a six-month period Iran will scale back parts of its nuclear...

[Read more →](#)

DEUTSCHLANDS MACHT

Ohnmacht statt Großmacht: Warum Deutschland kein Global Player sein kann

Weltmarkts charakterisiert. Der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding prognostizierte wenig später die Akkumulation dieses Kapitals bei den Banken. Er nahm damit eine Entwicklung vorweg, bei der die national verfassten Staaten den global fließenden Finanzströmen kaum mehr politische Gestaltungsmacht entgegensetzen können und Kreditinstitute als „too big to fail“ klassifiziert werden. Die Abhängigkeit von globalen Finanzströmen und Investoren zeigte sich auch in Griechenland. Die Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit und die damit verbundene Abwanderung des globalen Finanzkapitals war gleichbedeutend mit einem Verlust an staatlicher Entscheidungskraft und Handlungsfähigkeit.

Die Kehrseite im Hilfsansatz

Die im Zuge der Kreditaufgaben eingegangenen Verpflichtungen zum Schuldenabbau treiben den Prozess der Umverteilung von Gemeinschaftsgütern in private Hände voran. Die Kreditaufgaben drängen schwache Staaten zum Verkauf des Tafelsilbers und stabilisieren gleichzeitig durch öffentliche Gelder die Bedienung der Gläubigerkredite. Nicht nur verteilungspolitisch sind die Programme internationaler Geldgeber wie dem IWF fraglich. Der wirtschaftliche Erfolg der Reformmaßnahmen war auch bestenfalls durchwachsen. Entwicklungs- und Umweltorganisationen kritisieren seit Langem, dass die Menschen in den verschuldeten Staaten durch die Bretton Woods Institutionen in Armut getrieben werden und Großprojekte die Umwelt zerstören. Selbst die gesetzten Ziele werden nicht immer erreicht. So wurde die Südostasienkrise 1998 durch die Auflagen beschleunigt.^[1] Ein Beistandsabkommen mit Brasilien im Folgejahr führte zwar zu dessen Stabilisierung, verschärfte aber gleichzeitig die Krise im Nachbarland Argentinien. In der Türkei folgten der Umsetzung einer IWF-Empfehlung im Jahr 2000 ein Ansturm auf die Banken und ein Kurssturz der türkischen Lira um 30 Prozent an einem einzigen Tag. Auch in Griechenland gestand der IWF 2013 ein Scheitern ein, da er die Wachstumswirkung seines Programms – wie in vielen anderen Fällen zuvor – überschätzt hatte.

Trotz der bekannten Defizite der IWF-Politik wurden die

Jerusalem scheiden“ vom 26. 3. 2013 als Ausgangspunkt. Im Folgenden führe ich aus, warum ich Gratoskis These umkehre: die strategische Ausrichtung der Türkei in Richtung arabische Welt ist nicht die einzige Option, sondern eine unter den neuen Umständen gescheiterte von vielen Optionen. Aus Sicht der Türkei wäre es geostrategisch sinnvoll die Sicherheitspartnerschaft mit Israel wieder aufzunehmen und eine Energiepartnerschaft aufzubauen. Ein solcher Paradigmenwechsel ist möglich und wird von den USA forciert. Allerdings erfordert das ein Umdenken in der türkischen Führung.

[Read more →](#)

TÜRKEI AM SCHEIDEWEG

Warum sich Berlins und Ankaras Wege in Jerusalem

by Gunnar
Mokosch • 24.
September 2013



Deutschland ist kein Global Player, sondern nur der Hahn in einem chaotischen und geopolitisch zunehmend peripheren Hühnerhaufen namens Eurozone. Sein weltweiter Einfluss in der Wirtschaftspolitik ist begrenzt, in der Sicherheitspolitik so gut wie gar nicht vorhanden. Die Bundesrepublik ist also kein Gastspieler auf der Bühne der Weltmächte, sondern Nebenfigur im internationalen Zirkus. Es bleibt nur ein Weg, um globale Gestaltungskraft entfalten zu können...

[Read more →](#)

DEUTSCHLANDS
MACHT

Im Zenit: Deutschlands Gastspiel

unter Horst Köhlers Präsidentschaft eingeleiteten Reformversuche ebenso wie die von Dominique Strauss-Kahn verfolgte Erhöhung der Liquidität von den größten Geldgebern immer wieder gebremst. Diese wünschten die Bedienung ihrer Kredite und die Öffnung weiterer Märkte. Fortschreitende Liberalisierung und Deregulierung gelten ihnen als die optimale Stimulation für Wachstum und Wohlstand. Die Erfahrung lehrt, dass dies häufig ein Trugschluss ist. Doch auch in der Griechenlandpolitik agieren der IWF und mit ihm die europäischen Gläubigerländer nach dieser Logik. Im ersten Sanierungsprogramm war bis 2015 die Privatisierung von Staatsbesitz in Höhe von 50 Milliarden Euro vorgesehen. Zentrale Wirtschaftsbereiche wie beispielsweise der Energiesektor sollten dereguliert und Hindernisse für Investoren beseitigt werden. Ergänzt wurde dies durch eine radikale Kürzung staatlicher Leistungen.

Der Missmut des missachteten Demos

Für griechische Politiker widersprechen derartige Maßnahmen allerdings ihrer eigenen Handlungslogik. Sie sind demokratischen Prozessen verpflichtet: Die Herrschaft durch die Mehrheit, Partizipation und Gleichheit zielen letztlich auf das Wohl der Vielen. Drängen auf wirtschaftliche Reformen und staatliche Ausgabenkürzungen verringern jedoch gerade meist die wirtschaftliche Performanz und erzeugen Verteilungskonflikte. Sie sind daher in der Regel unpopulär und führen tendenziell zum Verlust politischer Macht. Wirtschaftsreformen werden in der Folge auf halbem Weg kompromittiert. Die erwartete positive Wirkung bleibt aus, Korruption wird gestärkt und Rechtsstaatlichkeit unterwandert. Selbst dem IWF sind diese Wirkungen nicht unbekannt. Die anfangs harten Auflagen werden daher vom IWF in den Folgejahren meist gelockert. So ergab eine unabhängige Evaluierung im Jahr 2003, dass von 133 Kreditprogrammen die fiskalischen Ziele in 60 Prozent verfehlt wurden.

In der Griechenland-Politik achtet die EU allerdings darauf, dass eben dies nicht geschieht, sondern weiterhin eine restriktive Fiskalpolitik verfolgt wird. Die eingegangenen

scheiden

by J. Thomas
Grätowski • 26. März
2013



Die Türkei und Israel haben ihre angespannten Beziehungen normalisiert, zumindest vorerst. Denn obwohl es kurzfristige gemeinsame Interessen in Syrien zu geben scheint, so sollten die strukturellen Faktoren nicht unberücksichtigt bleiben, welche beide Länder auseinanderführen. Denn die Türkei wird mittelfristig die Partnerschaft mit Israel kündigen, um ihren Einfluss im Nahen Osten gütlich zu machen. Die „Arabische Option“ ist die einzige Strategie, die es Ankara erlaubt, den wirtschaftlichen Machtzuwachs in politischen Einfluss umzumünzen. Deutschland wird als enger Partner Israels mit der Türkei in Konflikt geraten.

als Global Player

by Philipp H. Glöcker • 20. September 2013



Deutschland steht so gut dar, wie noch nie. Eine Zukunft als Global Player scheint gesichert. Doch in Wahrheit zerbröseln verschleppte Reformen und eine verfehlete Europolitik die wirtschaftliche Basis der deutschen Macht. Dies müsste nicht so sein...

[Read more →](#)

Bürgschaften der Euro-Mitgliedsländer für Griechenland und die gemeinsame Währung führen dazu, dass die europäischen Finanzminister penibel auf die Einhaltung der Verpflichtungen achten. Ein Vertrauensverlust internationaler Finanzinvestoren in Griechenland gefährdet schließlich die eigene Währung und birgt die Gefahr, dass die Bürgen tatsächlich zahlungspflichtig werden. Bislang erhielt Griechenland nämlich weder Mittel aus dem europäischen Rettungsschirm EFSF noch mussten die Garantien für Kredite der KfW eingelöst werden. Die anhaltenden tiefen Einschnitte für die Bevölkerung führen in Griechenland indessen zu politischer Instabilität und verringern den Zeithorizont, der Politikern in einer Demokratie zum Handeln verbleibt. Die Konfliktlage verschärft sich durch die Verpflichtung zum Abbau der Staatsschulden. Dies ist jedoch nur unter massiven Einschnitten für die Bevölkerung zu verwirklichen. Nur obskure Regime wie Rumänien unter Ceausescu waren mit derartigen Ansinnen erfolgreich. Allerdings litten die Menschen hierbei unter einer extremen Mangelwirtschaft mit Lebensmittelknappheit und Defiziten in jeglicher Form öffentlicher Versorgung. Keine Demokratie würde derartige Einschnitte überleben. Nun ist im Falle Griechenlands zwar nicht von einer Komplettrückzahlung der Schulden die Rede. Doch auch die Verringerung um 50 Prozentpunkte bis 2020, wie sie mit dem IWF vor drei Jahren vereinbart wurde, scheint unrealistisch angesichts der Tatsache, dass selbst ein prosperierendes Land wie Deutschland es gerade so schafft, die Schulden nicht weiter zu erhöhen. Auch aus weltwirtschaftlicher Perspektive zeigt der Blick auf aufstrebende Länder am Weltmarkt, dass erfolgreiche Staaten nicht zwingend jene sind, die das wirtschaftsliberale Regelbuch befolgen. In Fällen wie China oder Indien bedeutete gerade der Verstoß gegen die Grundsätze des Washingtoner Konsenses den Erfolg am Weltmarkt.

Die Schelte, die die neue griechische Regierung in Europa häufig erhält, sollte vor dem Hintergrund der politischen Optionen und deren Wirkungen daher umfassend beleuchtet werden. Die mit den Auflagen verfolgte Austeritätspolitik stellt keineswegs den Königsweg dar und ist auch nicht so unbenommen alternativlos, wie dies

[Read more →](#)

SCHLAGWÖRTER

[Asien](#)

[Atomwaffen](#) [China](#)

[deutsche](#)

[Außenpo](#)

[litik](#) [Deutschland](#)

[Deutschland im 21. Jahrhundert](#) [EEAS](#)

[EU](#)

[Eurasien](#)

[Europa](#)

[Frankreich](#) [Georgien](#) [Griechenland](#) [Handel](#)

[innere Sicherheit](#)

[Irak](#) [Iran](#) [Islamischer](#)

[Staat](#) [Israel](#) [Japan](#)

[Konfliktlösung](#) [Korea](#)

[Libanon](#) [Mali](#)

[Nahe](#)

[Osten](#)

[Nordamerika](#) [Palästina](#)

[Russia](#)

[Russland](#)

[Rüstungspolitik](#)

[Sanktionen](#)

[Sicherheitspolit](#)

[ik](#) [Syrien](#) [Türkei](#)

[Ukraine](#) [USA](#)

[Vereinte Nationen](#)

[Wachstum](#) [Waffenexporte](#)

[Weltraumpolitik](#)

[Weltwirtschaft](#)

[Wirtschaft](#)

[Zuwanderung](#)

[Ägypten](#)

TWITTER

Bundesfinanzminister Schäuble glauben machen möchte. Erforderlich ist vielmehr eine Kompromissuche, bei der die Ansprüche der Gläubiger befriedigt werden, der Parteienklientelismus eingedämmt wird und die gleichzeitig eine stabile und demokratische Entwicklung in Griechenland ermöglicht.

Heiko Fürst ist promovierter Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Internationale Beziehungen und Osteuropa. Derzeit arbeite er für ein Beratungsunternehmen in Hamburg.

[1] Siehe hierzu Heribert Dieter: Die Asienkrise und der IWF: Ist die Politik des Internationalen Währungsfonds gescheitert? Duisburg: 1998 (INEF-Report 29/1998); Joseph E. Stiglitz: Globalization and Its Discontents. New York: 2002.

photo credit: [DSC_0161](#) via [photopin \(license\)](#)

Gefällt mir **Tellen** 6 Personen gefällt das.

Tags: [EU](#) [Europa](#) [Griechenland](#)

[← A hope that died with Boris Nemtsov](#)

[Joker, Dame, Ass, Spion: Diplomatisches Poker um die Ukraine →](#)

Hinterlasse eine Antwort

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht.

[@realpolitikde folgen](#)

Finde uns auf Facebook

REAL POLITIK **REAL POLITIK**
Gefällt mir

421 Personen gefällt REAL POLITIK



Soziales Plug-in von Facebook

VERWALTUNG

- [Anmelden](#)
- [Beitrags-Feed \(RSS\)](#)
- [Kommentare als RSS](#)
- [WordPress.org](#)

Comment *

Kommentar abschicken

